

Dokumentation der Expertenrunde

„Vorsicht Minen!

Die humanitären Herausforderungen zehn Jahre nach dem Verbot von Antipersonenminen“

am 06.09.2006

in der Niedersächsischen Landesvertretung, Berlin

INHALTSVERZEICHNIS	Seite
Die Forderungen des Aktionsbündnisses Landmine.de an den Bundestag und die Bundesregierung zum Mittelansatz für humanitäres Minenräumen in Bundeshaushalt (Einzelplan 0502/687 23)	3
Programm der Expertenrunde	5
Präsentation: Die Erfolge des Ottawa-Prozesses und die Herausforderungen der kommenden Jahre (Markus Haake, Aktionsbündnis Landmine.de)	6
Stellungnahmen der Bundestagsabgeordneten zum Mittelansatz für humanitäres Minenräumen im Haushaltsentwurf 2007 der Bundesregierung	11
Stellungnahme des Auswärtigen Amts: Unterstützung des humanitären Minenräumens durch Deutschland	14
Präsentation: Humanitäre Minenaktion aus entwicklungspolitischer Sicht (Markus Haake, Aktionsbündnis Landmine.de)	16
Präsentation: Multisektorale Hilfe am Beispiel Afghanistan (Anne Jung, medico international)	19
Präsentation: Minenräumung und Wiederansiedlung. Der integrierte Ansatz der humanitären Minenaktion in der Praxis (Ilona Schleicher, Solidaritätsdienst-international e.V./SODI)	24
Präsentation: Zehn Jahre nach Kriegsende noch kein Frieden für alle: Minaufklärung und Minenräumung in Bosnien (Claudia Bell, Handicap International Deutschland)	32
Debatte über die Forderungen des Aktionsbündnisses Landmine.de	37
Teilnehmerliste	39
Internetlink „Minenaktionsprogramme aus entwicklungspolitischer Sicht – Das Bad Honnefer Konzept“	40

Betrifft: Bundeshaushaltentwurf 2007

Einzelplan 0502, Titel 687 23 "Demokratisierungs- und Ausstattungshilfe, humanitäres Minenräumen und Förderung der Menschenrechte"

Das Aktionsbündnis Landmine.de fordert den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung auf,

- 1) den Mittelansatz für humanitäre Minenräumprogramme im Bundeshaushalt 2007 auf mindestens €18 Millionen anzuheben.
- 2) verstärkt integrierte humanitäre Minenräumprogramme zu fördern, die den Aufbau und Wiederaufbau, die soziale, kulturelle und ökonomische Rehabilitation der von Minen und Blindgängern betroffenen Menschen unterstützen.
- 3) sich nachdrücklich im Rahmen des Ottawa-Prozesses und der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für die Universalisierung und die vollständige Implementierung der Ottawa-Konvention sowie für die Vervielfachung der für humanitäre Minenräumung bereitgestellten Mittel einzusetzen.
- 4) diejenigen Finanzmittel, die für die Forschung und Entwicklung, die Modernisierung, die Lagerung und die Beschaffung von Landminen und Streumunition (inklusive dazugehöriger Plattformen bzw. Verlegungssysteme) vorgesehen sind, zugunsten von humanitärer Minen- und Kampfmittelräumung und begleitenden entwicklungspolitischen Maßnahmen umzuwidmen.

Das Aktionsbündnis Landmine.de wünscht sich einen interfraktionellen Antrag, der die Unterstützung der Mehrheit des Parlaments hat, den Mittelansatz für humanitäres Minenräumen signifikant zu erhöhen.

Begründung

Deutschland hat viel Ansehen im Ottawa-Prozess erworben. Nicht nur das frühe Verbot von Antipersonenminen, auch die frühe Unterstützung und nachhaltige Entwicklung der humanitären Hilfe im Bereich der Minen-, Blindgänger- und Kampfmittelräumung haben maßgeblich zu den Erfolgen dieses Prozesses beigetragen.

1992-2005 hat Deutschland mit insgesamt €154 Mio. die Minenräumung und Minenopferhilfe in 36 Ländern bilateral unterstützt. Diese wichtige und erfolgreiche Hilfe für die Menschen, deren Leben durch Minen oder Blindgänger bedroht wird, wurde durch den von allen Fraktionen getragenen politischen Willen ermöglicht, alles zu versuchen, um die von Minen und Blindgängern ausgelösten humanitären Katastrophen zu beenden und die Beseitigung von Minen und Blindgängern für Menschen in Notlagen zu unterstützen.

Neun Jahre nach dem Vertrag von Ottawa über das Verbot von Antipersonenminen sind Landminen und Blindgänger weiterhin ein dringendes humanitäres Problem in Ländern wie Afghanistan, Kambodscha, Irak, Libanon, Angola, Kongo, Sri Lanka, Nepal und Vietnam. Weltweit sind mindestens 84 Länder weiterhin von Minen und Blindgängern betroffen. Laut Schätzungen des Landmine Monitor sind mehr als 200.000 qkm weltweit von Minen und Blindgängern belastet. Jährlich werden zwischen 15.000-20.000 Kinder und Erwachsene von Minen oder Blindgängern getötet oder verstümmelt.¹

Aber neun Jahre nach dem Vertrag von Ottawa sind auch Erfolge zu sehen. In Ländern wie Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Vietnam, Mosambik, Nicaragua und Guatemala kehren Menschen in die vom Krieg zerstörten Gebiete zurück und können dank der humanitären

¹ So die Schätzung der Internationalen Kampagne für das Verbot von Landminen, die 6.000-10.000 registrierte Opfer im Jahr gezählt hat und eine ebenso hohe Dunkelziffer annimmt. Ende der Neunziger Jahre wurden bis zu 26.000 Opfer jährlich geschätzt.

Minenräumung ohne Furcht vor Minen und Blindgängern Felder bestellen, Häuser wiederaufbauen und das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben entwickeln. Sechs Ottawa-Vertragsstaaten – Bulgarien, Costa Rica, Djibuti, Honduras, Guatemala und Suriname– haben bereits erklärt, alle Minen im Boden geräumt zu haben.

Zwischen 2009 und 2014 werden 46 Ottawa-Vertragsstaaten, darunter Afghanistan, Albanien, Angola, Bosnien-Herzegowina, Serbien-Montenegro, Kolumbien, DR Kongo, Eritrea, Äthiopien, Jordanien, Malawi, Mosambik, Sudan, Tadschikistan, Tschad, Uganda, die vertraglich bindende Frist erreichen, alle im Boden befindlichen Antipersonenminen geräumt zu haben.

1995 schätzten die Vereinten Nationen, dass die Räumung aller im Boden befindlichen Landminen mindestens 33 Milliarden US\$ kosten wird.² Laut Landmine Monitor 2005 sind 1992-2004 ca. 2,53 Milliarden US\$ für die humanitäre Minenräumung weltweit bereitgestellt worden. Allerdings hat ein gefährlicher Trend eingesetzt, in dem sich die Geberländer der globalen Verantwortung entziehen. Zehn der 20 führenden Geberländer haben bereits jetzt die Mittel für humanitäres Minenräumen gekürzt.

Vor diesem Hintergrund haben die Vereinten Nationen anlässlich des ersten Internationalen Tages für die Aufklärung über Minengefahr und die Unterstützung von Minenprogrammen den dringenden Appell an die internationale Staatengemeinschaft gerichtet, in der Unterstützung für die humanitäre Minenräumung nicht nachzulassen.

Räumung und Vernichtung von Landminen sind gewaltige Aufgaben. Sofern jedoch die betroffenen Staaten alles in ihrer Macht stehende unternehmen, um minenfrei zu werden, und Geberstaaten und Organisationen ihr Interesse und ihre finanzielle Unterstützung aufrecht erhalten, kann dieses Ziel bereits innerhalb von Jahren statt Jahrzehnten erreicht werden. 2007 hat Deutschland die Chance, erneut eine Vorreiterrolle innerhalb des Ottawa-Prozesses zu übernehmen. Es kann mit gutem Beispiel vorangehen und die internationale Gemeinschaft zur Vervielfachung der Anstrengungen im Bereich der Minenräumung aufrufen. Die Bereitschaft und Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland für diese erhöhte Anstrengung ist da. Bisher haben über 874.000 Bürgerinnen und Bürger in Deutschland die Forderungen nach mehr Mittel für Minenopferhilfe mit ihrer Unterschrift unterstützt.

Landmine.de ist ein Aktionsbündnis von Brot für die Welt, Christoffel Blindenmission, Deutsche Kommission Justitia et Pax, Deutsche Welthungerhilfe, Deutscher Caritasverband, Diakonie Katastrophenhilfe, EIRENE-International, Handicap International, Kindernothilfe, medico international, Misereor, OXFAM-Deutschland, Pax Christi, Solidaritätsdienst International (SODI), terre des hommes, UNICEF-Deutschland.

Das Aktionsbündnis setzt sich seit 1995 für das Verbot aller Landminen und für die umfassende Unterstützung der weltweiten Minenräumung und Opferhilfe ein. Es ist der deutsche Teil der Internationalen Kampagne für das Verbot von Landminen, die 1997 für ihre Verdienste am Zustandekommen des Verbots von Antipersonenminen mit dem Friedensnobelpreis geehrt worden ist.

Kontakt: Aktionsbündnis Landmine.de
 Markus Haake
 Leiter Öffentlichkeitsarbeit für humanitäre Minenaktion
 Rykestr. 13, 10405 Berlin
 Tel. 030 421 368 6, Fax: 030 428 016 88
 Email: haake@landmine.de, www.landmine.de

² Dieser Schätzung liegt die Annahme zugrunde, dass 100-110 Millionen Landminen weltweit im Boden vergraben liegen. Ob die Anzahl der vergrabenen Minen tatsächlich so hoch ist, kann niemand wissen. Die Zahl 33 Milliarden US\$ kann hier also nur als „Richtwert“ dienen, um die Dimension des Problems beschreiben zu können. Dass es sich hierbei keineswegs um eine zu hoch gegriffene Schätzung handelt, lässt sich allein schon am Beispiel Deutschland nachvollziehen, wo laut Auskunft der Bundesregierung allein zwischen 1993-2001 „ein hoher dreistelliger Millionenbetrag“ für die Beseitigung von explosiven Kampfmitteln bereitgestellt werden musste (Drucksache 14/9126).

PROGRAMM

Expertenrunde „Vorsicht Minen! Die humanitären Herausforderungen zehn Jahre nach dem Verbot von Antipersonenminen“

- 20:00 Begrüßung, Hintergrund und Ablauf des Gesprächs
(Markus Haake, Leiter Öffentlichkeitsarbeit für humanitäre Minenaktion, Aktionsbündnis Landmine.de)
Die Erfolge des Ottawa-Prozesses - Die Herausforderungen der kommenden Jahre - Globale Entwicklungen im Bereich der Finanzmittel für humanitäre Minenaktion
- Stellungnahmen der Abgeordneten
zu der Planung der Mittel für humanitäres Minenräumen im Haushaltsentwurf 2007
- 20:35 Unterstützung des humanitären Minenräumens durch das Auswärtige Amt
(Detlev Rüniger, Referatsleiter Arbeitsstab Humanitäre Hilfe, Auswärtiges Amt)
- 20:45 Das Engagement der deutschen Hilfsorganisationen im Bereich der humanitären Minenaktion
- in Afghanistan
(Anne Jung, Öffentlichkeitsreferentin, medico international)
Multisektorale Hilfe: Minenaufklärung, Minenräumung, Minenopferhilfe - sozioökonomische Rehabilitation, Förderung von Kultur und Sport
- in Vietnam
(Ilona Schleicher, Projektkoordinatorin, Solidaritätsdienst-international/SODI)
Minenräumung und Wiederansiedlung: Der integrierte Ansatz der humanitären Minenaktion in der Praxis
- in Bosnien-Herzegowina
(Claudia Bell, Programmreferentin, Handicap International Deutschland)
Zehn Jahre nach Kriegsende noch kein Frieden für alle: Minenaufklärung und Minenräumung in Bosnien
- 21:00 Die Forderungen des Aktionsbündnisses Landmine.de
(Markus Haake, Aktionsbündnis Landmine.de)
Welche Größenordnung der Finanzmittel für humanitäre Minenräumung ist wünschenswert? Wie sollten die Gelder zum größtmöglichen Nutzen der Betroffenen eingesetzt werden?
- Debatte
- 21:30 Ende

PRÄSENTATION

Die Erfolge des Ottawa-Prozesses und die Herausforderungen der kommenden Jahre

(Markus Haake, Aktionsbündnis Landmine.de)

Deutschland hat viel Ansehen im Ottawa-Prozess erworben:

- durch das **frühe Verbot von Antipersonenminen**
- durch eine **frühe Unterstützung und nachhaltige Entwicklung von Minenräumprogrammen**

Aktionsbündnis
landmine.de

1992-2005 hat Deutschland insgesamt €154 Mio. für Minenräumung und Minenopferhilfe bereitgestellt.

Aufgrund des von allen Fraktionen getragenen politischen Willen, alles zu versuchen, um die von Minen und Blindgängern ausgelöste Katastrophe zu beenden und die Beseitigung von Minen und Blindgängern für Menschen in Notlagen zu unterstützen.

Aktionsbündnis
landmine.de

Neun Jahre nach dem Vertrag von Ottawa sind im Boden vergrabene **Landminen und Blindgänger weiterhin ein dringliches humanitäres Problem** in vielen Ländern der Welt:

Weltweit sind mindestens 84 Länder weiterhin von Landminen und Blindgängern betroffen: z. B. Afghanistan, Kambodscha, Irak, Libanon, Angola, Kongo, Sri Lanka, Nepal und Vietnam.

Laut Schätzungen des Landmine Monitor sind **mehr als 200.000 qkm weltweit von Minen und Blindgängern belastet.**

Jährlich werden 15.000-20.000 Menschen, darunter etwa 25% Kinder und Frauen, von Minen und Blindgängern verstümmelt oder getötet.

Aktionsbündnis
landmine.de

Erfolge neun Jahre nach dem Vertrag von Ottawa:

- In Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Vietnam, Mosambik, Nicaragua und Guatemala kehren Menschen in die vom Krieg zerstörten Gebiete zurück und können dank der humanitären Minenräumung ohne Furcht vor Minen und Blindgängern Felder bestellen, Häuser wiederaufbauen und das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben entwickeln.
- Internationale Strukturen wie der UN Mine Action Service (UNMAS), das Geneva International Center for Humanitarian Demining (GICHD) sowie tragfähige und produktive Arbeitsbündnisse zwischen staatlichen Institutionen und NGOs wurden aufgebaut.

Aktionsbündnis
landmine.de

Erfolge neun Jahre nach dem Vertrag von Ottawa:

- Bisher wurden nachweislich mehr als 1.200 qkm minenbelastete Gebiete geräumt. Darunter vier Millionen Antipersonenminen und ca. eine Million Antifahrzeugminen und Millionen von anderen explosiven Kampfmitteln.
- Sechs Ottawa-Vertragsstaaten – Bulgarien, Costa Rica, Djibuti, Honduras, Guatemala und Suriname– erklärten, alle Minen im Boden geräumt zu haben.

Aktionsbündnis
landmine.de

Die humanitären Herausforderungen der kommenden Jahre

2009-2014 werden 46 Ottawa-Vertragsstaaten die vertraglich bindende Frist erreichen, alle im Boden befindlichen Antipersonenminen geräumt zu haben:

z. B. Afghanistan, Albanien, Angola, Bosnien-Herzegowina, Serbien-Montenegro, Kolumbien, DR Kongo, Eritrea, Äthiopien, Jordanien, Malawi, Mosambik, Sudan, Tadschikistan, Tschad, Uganda.

Aktionsbündnis
landmine.de

Die humanitären Herausforderungen der kommenden Jahre

1995 schätzten die Vereinten Nationen, dass **die Räumung aller im Boden befindlichen Landminen mindestens 33 Milliarden US\$** kosten wird.

1992-2004 sind **ca. 2,53 Milliarden US\$** für humanitäre Minenräumung **weltweit bereitgestellt** worden.

Aktionsbündnis
landmine.de

Globale Entwicklungen im Bereich der Finanzmittel für humanitäre Minenräumung

Bereits 2002 hat ein gefährlicher Trend eingesetzt, in dem sich die **Geberländer der globalen Verantwortung entziehen** und die von Minen betroffenen Länder bei der Bewältigung des Minenproblems sich selbst überlassen.

Allein 2004 haben **zehn der 20 führenden Geberländer die Mittel für humanitäre Minenräumung gekürzt.**

Aktionsbündnis
landmine.de

Anlässlich des ersten Internationalen Tages für die Aufklärung über Minengefahr und die Unterstützung von Minenprogrammen haben die **Vereinten Nationen den dringenden Appell an die internationale Staatengemeinschaft gerichtet, in der Unterstützung für die humanitäre Minenräumung nicht nachzulassen.**

Aktionsbündnis
landmine.de

Räumung und Vernichtung von Landminen sind gewaltige Aufgaben. Sofern jedoch die betroffenen Staaten alles in ihrer Macht stehende unternehmen, um minenfrei zu werden, und Geberstaaten und Organisationen ihr Interesse und ihre finanzielle Unterstützung aufrecht erhalten, kann dieses **Ziel bereits innerhalb von Jahren statt Jahrzehnten erreicht werden.**

Aktionsbündnis
landmine.de

STELLUNGNAHMEN DER BUNDESTAGSABGEORDNETEN

zu der Planung der Mittel für humanitäres Minenräumen im Haushaltsentwurf 2007 der Bundesregierung

Volker Beck, MdB (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe den Haushaltsentwurf 2007 noch nicht gelesen. Im Einzelplan 05 sind 8,4 Mio. Euro vorgesehen. Man darf bei der derzeitigen Situation auf keinen Fall den Titel absenken, sondern aufstocken. Das sage ich nicht, weil die Grünen derzeit in der Opposition sind. Das haben wir auch in Zeiten der rot-grünen Koalition versucht mit gutem Erfolg. 1999 wurden für humanitäres Minenräumen 10,8 Mio. Euro bereitgestellt, der Höchststand lag 2002 bei über 20 Millionen. Dann pendelte es sich zwischen 17 und 19,5 Millionen ein.

Die Minenräumung hat auch jetzt noch Priorität, da die Minenproblematik oft humanitäre Einsätze verhindert oder behindert. Wir wollen, dass die Menschen nach einer bewaffneten Auseinandersetzung die Chance haben, ihr Land landwirtschaftlich zu nutzen und in Sicherheit zu leben.

Lassen Sie mich auch aus aktuellem Anlass auf das Thema Streumunition eingehen. Die katastrophalen Folgen des Einsatzes von Streumunition hat zuletzt wieder der Krieg im Libanon gezeigt. Streumunition ist zwar völkerrechtlich nicht geächtet, mutiert aber faktisch zur Personenmine bzw. stellt eine ähnliche Belastung oder Gefahr dar. Streumunition sollte geächtet werden, aber nicht nur im Bezug auf Israel, auch auf die Bundesrepublik. Meine Fraktion hat zum Thema Streumunition eine kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt und wir haben die Antwort erhalten, dass die Bundesregierung mitnichten auf Streumunition verzichten will. Israel untersteht zwar einer besonderen Situation, aber trotzdem sollte eine internationale Ächtung angepeilt werden.

Lothar Mark, MdB (SPD): Erstens: Streubomben wurden nicht von der Großen Koalition angeschafft, sondern waren schon in den Zeiten der rot-grünen Koalition und davor vorhanden. Wir sind überrascht worden davon, dass in den Beständen der Bundeswehr solche Streumunition existiert. Heute habe ich mehrere Gespräche innerhalb der SPD-Fraktion geführt, in der gesagt wurde, Streubomben müssten weg.

Zweitens: Genau 8,36 Mio. sind im Bundeshaushalt vorgesehen, es ist noch nicht sicher, ob man diese Zahl halten kann. Eigentlich wollten wir mehr Geld geben, um ein Zeichen zu setzen. Aber interne Beratungen und Besprechungen sind noch nicht so weit, um zu sagen, welche Größenordnung realistisch ist. Wir würden uns wünschen, dass 500.000 Euro draufgesetzt werden, und ich werde es versuchen, den Haushaltsansatz zu erhöhen.

Drittens: In den Stabilitätspakten sind auch Minenräummittel erhalten. Afghanistan wird mit 30 Mio. Euro erhalten bleiben, Südosteuropa wird auf 15 Mio. Euro abgesenkt – damit bin ich nicht einverstanden, und es wird bestimmt noch eine Veränderung bei Südosteuropa geben. Ich rechne damit, dass die heutigen Mittel erhalten bleiben.

Viertens: Auch im Rahmen der EU, das wird oft unterschlagen, stellen wir Mittel zur Minenräumung zur Verfügung. D.h. wenn die Haushalte offiziell verabschiedet sind, auch in der EU, erst dann können wir sagen, was unterm Strich für die Minenräumung zur Verfügung steht. Im Schnitt werden bei uns 8-10 Mio. Euro in diesem Haushalt für den Titel humanitäre Minenräumung bereitgestellt. Zum Stabilitätspakt eine Anmerkung: Beide sind im BMZ angesiedelt, aber die Verteilung erfolgt über das Auswärtige Amt. Daher sollten die Stabilitätspakte im Haushalt des Auswärtigen Amtes angesiedelt werden, um unnötige Bürokratie zu vermeiden.

Markus Haake (Aktionsbündnis Landmine.de): Zu den Zahlen: Wir beobachten seit Jahren, wie sich Mittel im Bereich der Minenräumung entwickeln, und die Mittel wurden in den letzten Jahren sukzessive aufgestockt. Der Höhepunkt wurde 2004 mit 18 Mio. Euro erreicht, 2005 wurden

16,7 Mio. Euro bereitgestellt. Im Haushaltsentwurf 2007 ist keine Erhöhung abzusehen. Aber wir sind gerade aufgrund der internationalen Entwicklung der Meinung (weil weltweit die Mittel zurückgeschraubt werden), dass hier die Bundesregierung ein Signal an die internationale Gemeinschaft setzen sollte und die Mittel erhöht werden sollten.

Florian Toncar, MdB (FDP): Die Mittel für humanitäres Minenräumen sind gekürzt worden, obgleich alle Fraktionen das humanitäre Problem ausgelöst durch Minen sehr ernst nehmen. 2006 hat der Menschenrechtsausschuss den Mittelansatz für humanitäres Minenräumen auf Euro 12 Mio. festgelegt. Das wurde vom Haushaltsausschuss gekippt. Der Konflikt verläuft also zwischen Haushaltspolitikern und Menschenrechtspolitikern. Innerhalb der einzelnen Fraktionen im Haushaltsausschuss herrscht Uneinigkeit.

Für 2007 stehen 8,396 Mio. Euro zur Verfügung. Dies ist der größte Einzelposten, der aber um ein knappes Drittel gekürzt wurde. Wenn man das auf andere Bereiche übertragen würde, gäbe es große Aufregung. Wie sich der Mittelansatz im Rahmen des Stabilitätspakts Südosteuropa entwickelt, muss abgewartet werden, aber Kürzungen werden sich auch auf die humanitäre Minenräumung auswirken. Aus Sicht der FDP wäre es für die Transparenz und politische Bewertung einfacher, wenn man einen Titel daraus macht und humanitäres Minenräumen allein im Haushalt des Auswärtigen Amtes angesiedelt wäre.

Für 2007 hat die FDP-Fraktion einen neuen Antrag eingebracht, es im Einzelplan 05 bei 12 Mio. Euro zu belassen. Dies ist mit dem FDP-Haushälter Herrn Koppelin abgestimmt. Es bleibt abzuwarten, ob sich dafür eine Mehrheit findet. Wir geben uns dafür Mühe. Denn: Erfolgreiche Minenbeseitigung kann auch Kosten sparen. Wie zum Beispiel im Sudan. Ich und auch Herr Beck sind vor Ort gewesen und haben die Situation aus erster Hand studieren können. Obgleich es im Sudan einen Friedensvertrag gibt, sind die zurückkehrenden Flüchtlinge nicht sicher. Die Menschen können nicht gefahrlos zurückkehren aufgrund der Minen und Blindgänger in ihren Heimatgebieten. Auch die Straßen sind aufgrund von Minen nicht befahrbar.

Zum Thema Streubomben: Die Bundeswehr hat 30 Mio. Explosivkörper in den Beständen, viele davon mit einer Blindgängerrate von 20 - 30%. Diese wirken sich aus wie Minen, daher sollte man im internationalen Umfeld Streuwaffen abschaffen.

Michael Leutert, MdB (Die Linke): Das Problem ist, eigentlich sind sich alle Fraktionen einig, aber der Effekt stellt sich nicht ein. Ich sitze auch im Haushaltsausschuss und bin daher für den Einzelplan 05 mitverantwortlich. Wir als die Linke haben einen Antrag auf Verdopplung der Mittel auf 16 Mio. Euro eingereicht. Die Frage ist: sind 8 Mio. Euro für Deutschland eine große Summe oder nicht? Da die Aufgabe extrem groß ist - 84 Länder sind betroffen, 100 Mio. Minen liegen noch im Boden, und es werden 33 Mrd. US-DOLLAR laut UN für die Räumung benötigt - stellt sich diese Frage sehr wohl.

Zum Vergleich dazu – um die Dimension deutlich zu machen –: Der Verteidigungsetat mit einem Volumen von fast 24 Milliarden Euro – das ist der zweitgrößte Etat und mit etwas mehr als 9 Prozent des Gesamthaushalts – enthält ein Extrakapitel mit der Bezeichnung „Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung“. Allein dieses Kapitel umfasst circa 1,1 Milliarden Euro. Die Mittel in diesem Kapitel (Wehrforschung) sind natürlich um 153 Millionen Euro aufgestockt worden. Da wird das Missverhältnis deutlich, daher sind 8 Millionen Euro keine große Summe im Vergleich dazu.

Letzter Punkt: Wieweit wirkt sich die Landminenproduktion auf die vertraglichen Beziehungen zwischen der Bundesregierung und den Rüstungsfirmen aus? Zum Beispiel hat DaimlerChrysler in der Vergangenheit Landminen hergestellt und angeboten, heute bieten die Tochterfirmen von DaimlerChrysler Minen an. Wenn wir es in Deutschland mit dem Minenverbot ernst meinen, dass sollte man sich bei der Auftragsvergabe vielleicht überlegen, ob man solche Firmen boykottieren sollte. Die UN zum Beispiel hat eine solche Konsequenz gezogen, und Daimler-Chrysler von der Auftragsliste gestrichen, solange hier noch Landminen angeboten werden.

Lothar Mark, MdB (SPD): Zum Stellenwert der Bundesrepublik Deutschland bei der Minenräumung: Bei der Mittelbereitstellung rangiert Deutschland weltweit an nur 6.-7. Stelle, hinter den USA, der EU, Japan, Niederlande, Norwegen und Kanada. Wenn wir den EU-Beitrag, den Deutschland leistet, dazu rechnen, sind wir an 3. oder 4. Stelle weltweit. Das bezieht sich auf die Zahlen 2006. Wir können uns also sehen lassen. Deshalb habe ich etwas gegen die pauschale Forderung: „Wir sollten noch mehr machen.“

Volker Beck, MdB (Die Grünen/B90): Im internationalen Rahmen ist aber Deutschland in anderen Bereichen, z. B. bei internationalen Einsätzen viel weniger belastet. Da wir bei solchen Bereichen nicht so viel investieren, könnten wir als größte Nation in Kontinentaleuropa bei der Bevölkerungszahl und Wirtschaftsleistung z. B. in der Minenräumung schon mehr investieren. Man kann sich also um Platz 1 bewerben.

Lothar Mark, MdB (SPD): Aber wir zahlen auch für Einsätze, an denen wir nicht beteiligt sind.

Markus Haake (Aktionsbündnis Landmine.de): Lassen Sie mich noch einmal erinnern, warum wir hier sind. Bereits 2006 wurden im Bundeshaushalt die Mittel für humanitäres Minenräumen gekürzt. Und das in einer Situation, in der weltweit weniger Mittel für humanitäre Minenräumung bereitgestellt werden. Nicht ohne Grund haben wir den Titel für dieses Treffen, „Zehn Jahre nach dem Verbotsvertrag von Ottawa“ genannt. Damit das Ottawa-Ziel erreicht wird, (innerhalb eines Jahrzehnts alle Minen aus dem Boden zu räumen), müssen die Anstrengungen vervielfacht werden. Daher bringt es nichts, sich darüber zu streiten, an welcher Stelle wir weltweit stehen bei der Mittelbereitstellung. Deutschland sollte dem internationalen Trend entgegenwirken, ein deutliches Signal an die internationale Gemeinschaft senden und mehr Mittel bereitstellen.

STELLUNGNAHME DES AUSWÄRTIGEN AMTES

Unterstützung des humanitären Minenräumens durch Deutschland

(Detlev Rüniger, Auswärtiges Amt)

Über die Wichtigkeit des humanitären Minenräumens gibt es im Bundestag fraktionsübergreifend und auch innerhalb des Auswärtigen Amtes einen breiten Konsens. Aber leider kam es zu einer Kürzung um 25%. Wir haben uns mehr gewünscht, jetzt, im parlamentarischen Verfahren wird sich entscheiden, was dabei rauskommt. In bezug auf die Fakten kann ich Ihnen nur zustimmen und nichts ergänzen. Deutschland war schon sehr frühe ein wichtiger Akteur bei der humanitären Minenräumung. Aber nach dem hohen Plateau 2004, 2005 bröckelt unsere Stellung.

Unter anderem haben die USA angekündigt, ab 2008 extrem die Mittel zu kürzen. Die USA ist mit Abstand (fast 1 Mrd. US-Dollar in 2004) der größte Geldgeber für humanitäres Mineräumen. Sie verfolgt aber politisch einen unglücklichen Kurs durch die Nichtunterzeichnung von Ottawa und setzt zunehmend auf Hightech-Minen. Wenn nun die USA, nicht die letzte Mine räumen wollen oder können, ist das fatal.

Es sind Erfolge im humanitären Minenräumen erzielt worden: Die Zahl der dokumentierten Minenopfer ist zurückgegangen, bessere Techniken wurden entwickelt, die Akteure haben viel gelernt. Meiner Meinung nach kommt der Trend der Mittelkürzung zu früh, es sollte noch ein paar Jahre die Anstrengungen erhalten bleiben. Kanada zum Beispiel verfolgt den Ansatz des „mainstreaming of mine action into development“. Hier sollen zusätzliche Geldquellen aus dem Entwicklungsbereich für das humanitäre Minenräumen erschlossen werden. Bisher war das nicht erfolgreich. Ohne Zweifel ist es wichtig, dass die beiden Bereiche humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe zusammenarbeiten. Aber wir halten den Ansatz des „mainstreaming“ für einen gefährlichen Weg, denn damit droht, die Kompetenz der „Mine Action Community“ verloren zu gehen.

Im BMZ haben alle ihre Aufgaben. Neue Aufgaben dazu zu bringen ist schwierig, vor allem in den Bereichen der Kompetenz und in der Finanzierung von humanitärer Minenräumung. Unseres Erachtens sollte das humanitäre Minenräumen als eigenes Feld belassen werden.

Zum Thema Streumunition: Streumunition ist eine schlimme Sache, vor allem wenn sie in bebauten Gebieten eingesetzt werden. Sie liegen auf der Straße und unter Trümmern. Diese Sprengkörper sind unberechenbar, verletzen Zivilisten oder Personen die versuchen, sie zu räumen. Im Libanon ist Streumunition ein großes Problem: Die UNO spricht von bis zu 100.000 nicht explodierten Sprengkörpern im Libanon.

Es ist wünschenswert, wenn für die humanitäre Minenräumung ein Ansatz von 12 Mio. Euro erhalten bliebe. Das Auswärtige Amt kann versichern, dass diese Mittel sehr kosteneffektiv eingesetzt werden. Die Gelder werden direkt für die Arbeit vor Ort verwendet. Dort wird sehr kostenbewusst gearbeitet und die Projekte werden ständig evaluiert. Kosten werden gespart, wo es geht. Durch die Kürzungen im Haushalt 2006 müssen wir uns noch mehr als bisher auf „high-impact-areas“ konzentrieren, in denen es viele Minenopfer gibt. Zum Beispiel auf die Balkanländern, Afghanistan, Angola. Wir konzentrieren uns dabei auf Ottawa-Vertragsstaaten und nur bei besonderen Notlagen für die Menschen eines Nicht-Vertragsstaats weichen wir von diesem Prinzip ab. Bisher wurde von Deutschland keine Unterstützung bei Minenprojekten im Libanon geleistet, weil dort relativ wenige Minenopfer zu beklagen waren.

Als Staatsbeamter bin ich gezwungen, nach außen hin die Meinung der Bundesregierung zu vertreten. Aber die Konsequenzen eine Kürzung um 25% sind nicht zu verstecken. Deshalb lassen Sie mich aus fachlicher Sicht nochmals betonen, dass es wünschenswert ist, wenn es bei einem Mittelansatz von 12 Mio. Euro bliebe.

Nachfrage Herr Toncar: Herr Runger, da Sie der Regierung unterstehen und der Bundestag die letzte Entscheidungsinstanz ist, können Sie doch auch eine Meinung vertreten, die abweichend ist. Meine Frage ist: wenn Sie die Kürzung in 2006 (um ein knappes Drittel) betrachten, was hat das für Auswirkungen auf die Projekte im laufenden Jahr?

Herr Runger: Mit allem Respekt durfte ich ja schon meine Meinung durchscheinen lassen. Zur ihrer Frage: Einige Projekte wie zum Beispiel das in Vietnam, die langfristige Projekte sind, werden langfristig geplant und nach Möglichkeit finanziert. Andere Projekte können kurzfristiger umgesetzt werden, zum Beispiel in Bosnien-Herzegowina, wo Ausschreibungen kurzfristig gemacht werden können. Dort ist es ein schnelles Verfahren, um die Mittel umzusetzen. Wir müssen mit den Mittel jonglieren, aber wir kriegen das schon irgendwie hin.

PRÄSENTATION

Humanitäre Minenaktion aus entwicklungspolitischer Sicht

(Markus Haake, Aktionsbündnis Landmine.de)

Minenaktionsprogramme aus entwicklungspolitischer Sicht



Humanitäre Minenräumung ist eine Aktivität, die Hilfe für Menschen in Notlagen sein soll.

Humanitäre Minenräumung findet nicht isoliert statt, sondern im Kontext der von Minen betroffenen Menschen.

Aktionsbündnis
landmine.de

Minenaktionsprogramme aus entwicklungspolitischer Sicht



Die im Aktionsbündnis Landmine.de zusammengeschlossenen Organisationen setzen sich für eine umfassende und integrierte Hilfe für die Minenopfer ein.

Zusammen mit internationalen Experten(innen) von Minenräumorganisationen, lokalen NGOs, UN, Geber- und Empfängerländer haben sie das „Bad Honnefer Konzept“ entwickelt, das Leitlinien für Minenaktionsprogramme aus entwicklungspolitischer Sicht beschreibt.

Aktionsbündnis
landmine.de

Minenaktionsprogramme aus entwicklungspolitischer Sicht

Dem Konzept liegen drei Prinzipien zugrunde:

1. Partizipation
2. Kohärenz
3. Solidarität

Aktionsbündnis
landmine.de

Minenaktionsprogramme aus entwicklungspolitischer Sicht

Warum Partizipation?

Minenräumung ist im Kontext politischer Entscheidungen eingebettet, die immer auch die Rechte der Opfer von Minen (des Individuums und der Gemeinschaft) berücksichtigen sollte.

- Die von Minen betroffenen Menschen sollen wissen, welche Gefahren von Minen und Blindgängern ausgehen!
- Sie sollen wissen, wie sie sich bei einem Minenfund verhalten müssen, und was geschieht, wenn ein Minenräumtrupp die Minen unschädlich macht.
- Die von Minen betroffenen Menschen sollen selbst darüber entscheiden, welche Gebiete zuerst entmint werden müssen, was mit den entminten Gebieten nach der Räumung geschieht.

Aktionsbündnis
landmine.de

Minenaktionsprogramme aus entwicklungspolitischer Sicht

Warum Kohärenz?

Minenräumung ist eine humanitäre Aufgabe, die in einem friedens-schaffenden und entwicklungspolitischen Kontext stattfindet.

- **Minenräumung soll das Leben der betroffenen Menschen schützen und Aufbau und Wiederaufbau unterstützen.**
- **Minenräumung soll zur Vertrauens- und Friedensbildung beitragen.**
- **Minenräumung soll von entwicklungspolitischen Maßnahmen wie die physische, sozial-psychologische und ökonomische Rehabilitation der von Minen betroffenen Menschen begleitet werden.**

Aktionsbündnis
landmine.de

Minenaktionsprogramme aus entwicklungspolitischer Sicht

Warum Solidarität?

Ziel der Hilfe sollte die Unmittelbarkeit der Unterstützung sein. Das heißt eine Hilfe, die die Selbstbestimmung fördert und nicht neue Abhängigkeiten schafft.

- **Die Regierungen bzw. Kriegsparteien, die Landminen entwickelt, hergestellt, exportiert und/oder eingesetzt haben, sollen die Verantwortung für die Beseitigung der von ihnen verursachten Folgen übernehmen.**
- **Die von Minen und Blindgängern betroffenen Menschen sollen selbst in die Lage versetzt werden, das Minenproblem zu bekämpfen, mithin sollen die Selbstorganisationskräfte von lokalen Gemeinwesen zur Umsetzung der Minenaktionsprogramme gestärkt werden.**
- **Die Programme sollen immer auch politisch begleitet und unterstützt werden im Sinne der Selbstbestimmung der Minenopfer.**

Aktionsbündnis
landmine.de

PRÄSENTATION

Multisektorale Hilfe am Beispiel Afghanistan

(Anne Jung, medico international)

Multisektorale Hilfe am Beispiel Afghanistan

Anne Jung
medico international



medico international arbeitet mit Partnern

Die Hilfe, die medico leistet, ist mehr als die Bereitstellung von Hilfsgütern in Notsituationen.

Wir verstehen unsere Arbeit als Teil eines umfassenden sozialen Handelns, das die Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit zum Ziel hat.



Projekt- und Kampagnenarbeit

- Im Rahmen der Internationalen Kampagne zum Verbot von Landminen (Friedensnobelpreis 1997) arbeitet medico international seit Mitte der 1990er Jahre mit afghanischen Organisationen zusammen.
- medico unterstützt rund 65 Projekte in 21 Ländern. Die Projektkooperationen in Afghanistan begannen 2002.



medico-Partner in Afghanistan

Afghanistan ist derzeit eines der am meisten verminnten Länder der Welt.

OMAR (Organisation for Mineclearance and Afghan Rehabilitation)

OMAR ist mit seinen 500 Mitarbeitern seit Beginn der 1990er Jahre auf dem Gebiet des **humanitären Minenräumens** und der Minenaufklärung tätig.

Die **Aufklärungsteams** arbeiten u.a. in Schulen und Flüchtlingslagern, um weitere Minenunfälle zu verhindern.

Die Minenräumer von OMAR sind gefragte **Experten im Ausland**.



Minenaufklärung im Flüchtlingslager Kabul.





OMAR hat zwei **Frauteams** eingerichtet, um auch Mädchen mit der Aufklärungsarbeit zu erreichen.



Mit Hunden die Gefahr aufspüren

Das **Mine Detection and Dog Center (MDC)** unterhält mit 250 Hunden das größte **Hunderäumprogramm** der Welt und züchtet selbst Nachwuchs.

Die Hunde sind effektiv im Aufspüren von Minen.

MDC hat 1500 Mitarbeiter. 2005 wurden 4 Millionen m² geräumt.



Anschläge auf medico Partner

2004: OMAR, gezielte
Angriffe auf Minenräumer,
vier Tote

2005: MDC, zwei
Anschläge mit
Sprengfallen, drei Tote,
mehrere Schwerverletzte

2006: OMAR, in Toter
durch Sprengfalle



- Die Minenräumung beider Organisationen wird mit Mitteln des **Auswärtigen Amtes** finanziert. Dieses hat derzeit drei Partner, zwei davon werden von medico betreut (MDC und OMAR).



Afghan Amputee Bicyclists for Rehabilitation and Recreation (AABRAR)

Sozioökonomische Rehabilitation

AABRAR bringt
minenversehrten
Kindern, Jugendlichen
und Erwachsenen das
Fahrradfahren bei.
Damit werden auch
Arbeitsplätze, z.B.
als Scherenschleifer
oder Fahrradkurier
geschaffen.



AABRAR setzt sich auch für die
Rechte der Behinderten ein.

m)
medico international



Minenmuseum

Das Minenmuseum von Kabul ist
weltweit einzigartig. Es dokumentiert
die **Gefährlichkeit von
Kriegshinterlassenschaften** und
zeigt die Konsequenzen für die
Zivilbevölkerung.



m)
medico international

PRÄSENTATION

Minenräumung und Wiederansiedlung: Der integrierte Ansatz der humanitären Minenaktion in der Praxis

(Ilona Schleicher, Solidaritätsdienst-international e.V./SODI)

SODI!
Solidaritätsdienst-international e.V.



Wo Minen
das Leben bedrohen,
sollen Kinder lachen.

17. Breitengrad, Vietnam

1

SODI!
Solidaritätsdienst-international e.V.

Internationale Kampagne gegen Landminen

- SODI – Mitglied des Deutschen Initiativkreises gegen Landminen seit 1995 (jetzt: Aktionsbündnis Landmine.de)
- Teilnahme an Aktionen gegen Landminen und Streumunition
- Beitrag zur Erarbeitung von Leitlinien für **Minenaktionsprogramme aus entwicklungspolitischer Sicht** („Bad Honnef “ 1997,1999)



Nobel Preis 1997

Aktionsbündnis
landmine.de

17. Breitengrad, Vietnam

2

Integriertes Programm zur Minen- und Blindgängerräumung und zur Wiederansiedlung in der Provinz Quang Tri / Vietnam (Seit 1998)

Humanitäres Minenräumen in der Provinz Thua Thien Hue (Seit 2006)

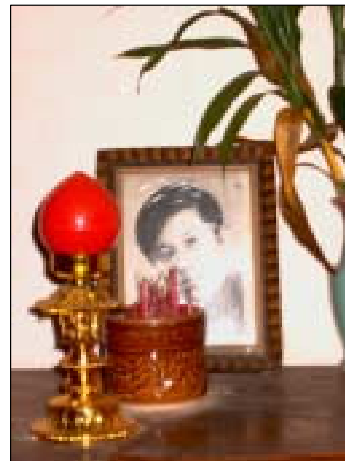


17. Breitengrad, Vietnam

3

Provinz Quang Tri

- Zerstörungen am 17. Breitengrad landesweit am höchsten
- 6 t Explosivstoffe pro Kopf der Bevölkerung eingesetzt
- Bei Kriegsende existierten von 1.000 Dörfern noch 3.
- Kriegsfolgen behindern Entwicklung.
- 100.000 ha mit Minen und Blindgängern belastet
- Seit 1975 fast 6.800 Minenopfer
- Hohe Armutsrate



Er verlor bei einem
Minenunfall sein Leben.

17. Breitengrad, Vietnam

4

Humanitäres Minenräumen:



**Lösung eines vordringlichen humanitären Problems
und Grundvoraussetzung für Entwicklung**

17. Breitengrad, Vietnam

5

Minen- und Blindgängerräumung

Inhalt:

- Flächenräumung
- Ausbildung vietnamesischer Räumarbeiter durch deutsche EOD-Spezialisten
- Einsatz eines mobilen Teams zur Bevölkerungsaufklärung und Gefahrenabwehr



Partner in Vietnam:

- Volkskomitees der Provinzen Quang Tri und TT Hue und der betroffenen Kreise, Gemeinden, Vietnamesische Frauenunion

Nachhaltigkeit:

- 2006: Übergang der Verantwortung von deutschen Spezialisten an vietnamesische Fachkräfte

Finanzierung:

Deutsches Auswärtiges Amt

1998 - 2005:	3,84 Mio €
2006:	0,41 Mio €

17. Breitengrad, Vietnam

6

Minen- und Blindgängerräumung

Ergebnisse bis Ende 2005

- **Flächenräumung:**
 - Beräumung von 632 ha wertvollen Bodes
 - Detektierung und Vernichtung von 32.060 Minen und Blindgängern
- **Ausbildung :**
 - 350 Räumarbeiter und Leitungspersonal
- **Mobilteam:**
 - 21.000 Teilnehmer an Veranstaltungen zur Bevölkerungsaufklärung, überwiegend Schulkinder
 - Detektierung und Vernichtung von 9.041 Minen und Blindgängern
 - Räumung von Kleinflächen, insbesondere in Kindereinrichtungen: 51,9 ha



17. Breitengrad, Vietnam

7



CHÚ Ý
 NGUY
 HIỂM
 ĐẾN
 TÍNH
 MẠNG!



Đừng
 đùa
 khờng
 phải
 là
 dĩ
 chơi!

Konzentration der Bevölkerungsaufklärung auf Schulkinder

17. Breitengrad, Vietnam

8



120 mm Geschoss der
US-Marineartillerie im Garten eines
Bauern, 40 km von der Küste entfernt



Streumunition:
„Bombis“ - Submunition von Kugel-
bomben gefährden vor allem Kinder.

17. Breitengrad, Vietnam

9

Wiederaufbau und Wiederansiedlung

SODI-Partner in Vietnam:

- Volkskomitees der Provinz
und der Kreise Cam Lo, Trieu Phong und Gio Linh
- Vietnamesische Frauenunion

Durchführung:

- Projektkomitees mit Vertretern der Volkskomitees
der Kreise, der Gemeinden und von der Frauenunion

Finanzierung:

- SODI-Spenden als Grundvoraussetzung
- Fördermittel des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Andere private und öffentliche Förderinstitutionen
- Eigenleistungen der vietnamesischen Partner (Land,
Projektvorbereitung)



Spenden und Fördermittel bis
2005: 751.251€

17. Breitengrad, Vietnam

10

Aufbau von Dörfern des Friedens und der Solidarität

Phuong Coi (1999-2001)

Than Dinh / Ai Tu (2001-2003)

Con Trung (2004-2006)

- Baukostenzuschuss für Wohnhäuser.
- Aufbau der Infrastruktur mit Dorfstraße, Stromversorgung, Trinkwasserversorgung, Gemeindehäusern, Grundschulen, Kindergärten
- Kleinkredite zur Anschaffung von Nutzvieh verbunden mit Trainingskursen
- Anschubfinanzierung für Pfeffer- und Kautschukanbau



17. Breitengrad, Vietnam

11

Phuong Coi:

54 Familien bauten das Dorf ihrer Vorfahren wieder auf.



Phuong Coi 1998

Phuong Coi 2000



17. Breitengrad, Vietnam

12



Tan Dinh / Ai Tu: Bis 2000 Land mit tödlichen Gefahren (Ansicht 2002)



Die letzte Sprengung 2001. Die Minenräumer haben dafür gesorgt, dass **Con Trung** wieder aufgebaut werden kann.



In Con Trung zieht Leben ein (2006).




Danke an alle, die bei der Überwindung der Kriegsfolgen helfen.

PRÄSENTATION

Zehn Jahre nach Kriegsende noch kein Frieden für alle: Minenaufklärung und Minenräumung in Bosnien

(Claudia Bell, Handicap International Deutschland)




The map displays the Federation of Bosnia and Herzegovina, with Sarajevo as the capital. Other labeled cities include Prijedor, Banja Luka, Tuzla, Zenica, Gorazde, Mostar, and Maglaj. The map also shows the borders with Croatia to the west and north, and Yugoslavia to the east. The Adriatic Sea is visible to the south. A scale bar indicates 0, 20, and 40 miles. The Handicap International logo is in the top right corner.

HANDICAP INTERNATIONAL

Humanitäre Minenaktion in BiH

Handicap International
Deutschland 2006



The map displays the Federation of Bosnia and Herzegovina, with Sarajevo as the capital. Other labeled cities include Prijedor, Banja Luka, Tuzla, Zenica, Gorazde, Mostar, and Maglaj. The map also shows the borders with Croatia to the west and north, and Yugoslavia to the east. The Adriatic Sea is visible to the south. A scale bar indicates 0, 20, and 40 miles. The Handicap International logo is in the top right corner.

HANDICAP INTERNATIONAL

Humanitäre Minenaktion in BiH

- Sozio-ökonomische Situation 10 Jahre nach dem Dayton Abkommen
- Über 300.000 Flüchtlinge außerhalb BiH, 800.000 Binnenflüchtlinge
- Fast 2/3 der Bevölkerung in Armut, 25% unter Armutsgrenze
- 45% Arbeitslosenquote (70% Jugendliche)
- 62% der Jugendlichen wollen weg

Handicap International
Deutschland 2006

Humanitäre Minenaktion in BiH

Allg. Minensituation in BiH

- B&H ist das am stärksten von Minen betroffene Land in der Region
- 4% der Fläche potentiell vermint (2.000 km², BHMACH 2006)
- 1,3 Mio Menschen direkt von Minen betroffen
- 4.895 Opfer durch Minen und nicht explodierte Kampfmittel seit 1992

Handicap International
Deutschland 2006

Humanitäre Minenaktion in BiH



Handicap International
Deutschland 2006

Humanitäre Minenaktion in BiH

Aktivitäten von Handicap International

- 1994: Prothesen für Minen- und Kriegsoffer
- 1995: Psycho-soziale Betreuung von Opfern
- 1996-2002: MRE und Minenräumung durch lokalen Partner APM (capacity building)
- 2002-2003: Landmine Impact Survey
- 2004: Integrierte Strategie für MRE mit lokalen Strukturen und Gemeinden

Handicap International
Deutschland 2006

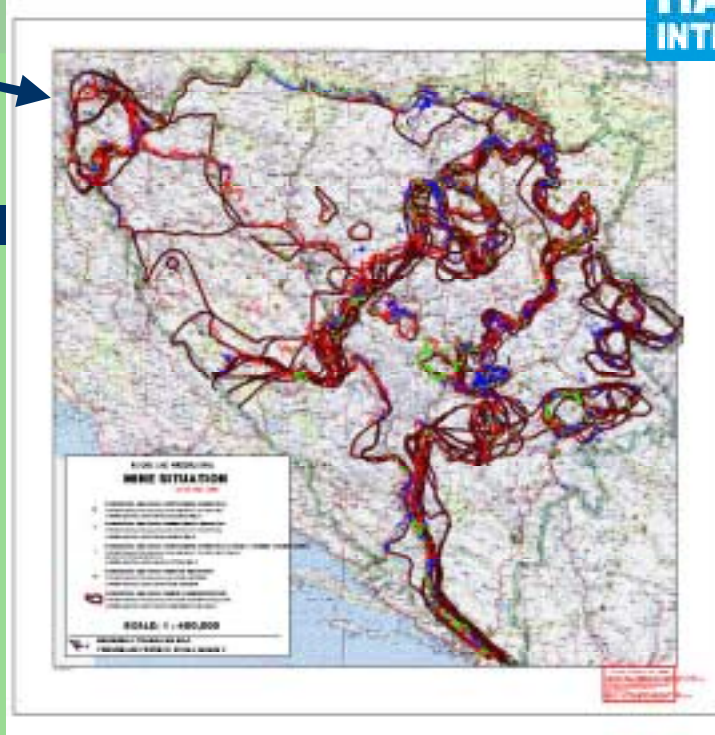
Humanitäre Minenaktion in BiH

Aktivitäten von Handicap International

- 2004: Unterstützung der Opferversorgung
- 2005: Entwicklung Minenaktionsstrategie 2005-2008 (Entminung, MRE, Erfassung,...)
- 2006: Integration von MRE in Schulen, Minenräumung finanziert vom AA

Handicap International
Deutschland 2006

**HANDICAP
INTERNATIONAL**



Handicap International
Deutschland 2006

**HANDICAP
INTERNATIONAL**



Handicap International
Deutschland 2006



Handicap International
Deutschland 2006

Humanitäre Minenaktion in BiH

Bedarf z. Umsetzung d. Strategie 2007/2008

- Finanzbedarf für Surveys, Räumung, Markierung, MRE, Opferversorgung:
144.455.000 KM
=> **69.000.000 €**
- Davon bisher fehlende Mittel: **20.000.000 €**

Handicap International
Deutschland 2006

DEBATTE**über die Forderungen des Aktionsbündnisses Landmine.de**

Florian Toncar, MdB (FDP): Ich bin dankbar für die Einblicke, die Fakten und Bilder, die sie hier präsentiert haben. Was den Haushalts-Ansatz angeht, vermute ich, dass die Chancen, den gesenkten Betrag wieder anzuheben, realistischerweise nicht besonders groß sind. Die Widerstände werden wahrscheinlich bei den Haushältern der Koalition liegen. 2006 hatte sich der Menschenrechtsausschuss eigentlich auf 12 Mio. Euro geeinigt gehabt.

Auch in bezug auf den Haushalt 2007 hat die FDP-Fraktion einen Antrag über die Aufstockung der Mittel auf 12 Mio. Euro eingereicht. Zusammen mit den Mittel aus den Stabilitätspakten wären das ca. 17 Mio. Euro für humanitäre Minenräumung. Wir machen es uns da nicht leicht, aber wenn wir als einzelne Abgeordnete eine Erhöhung erreichen wollen, müssen wir gleichzeitig die Kürzung in einem anderen Bereich diskutieren. Der Gegenfinanzierungsvorschlag der FDP liegt vor. Wenn ich mich für eine Anhebung einsetze, bin ich aber in keiner günstigen Position. Ich persönlich rechne nicht damit, dass es 2007 anders ausfallen wird.

Michael Leutert, MdB (Die Linke): Ich rechne auch nicht mit einer Erhöhung, da zum jetzigen Zeitpunkt die Koalition dies wahrscheinlich eher als Gesichtsverlust empfinden würde. Ich gehe davon aus, dass es in Bezug auf den Haushalt 2007 zu spät ist, da der Haushalt fast steht. Wenn man etwas erreichen will, muss man das tun, bevor der Vorentwurf verfasst wird. Jetzt ist es schwierig für das Auswärtige Amt zu sagen, was gekürzt werden soll. Gewisser Spielraum ist dennoch da, weil die Minenproblematik fraktionsübergreifend diskutierbar sein kann.

Was ich im Bad Honnefer Konzept sehr sympathisch finde, ist die Forderung nach der Einführung des Verursacherprinzips. Deutsche Politiker sind ja in der Regel sehr einfallsreich bei Vorschlägen zu Kürzungen, aber noch niemand ist auf die Idee gekommen, das Verursacherprinzip einzuführen, also dass der für die Minenräumung bezahlen soll, der sie produziert und an ihrem Verkauf verdient hat beziehungsweise der sie gelegt hat.

Jürgen Ebert (Solidaritätsdienst-international e.V./SODI): In Bezug auf die Umwidmungsforderung des Aktionsbündnis Landmine.de habe ich die Fragen: Hat das im Bundestag eine Chance? Gibt es die Möglichkeit zum Beispiel eine Anfrage an die Bundesregierung zu stellen, um diese Idee der Bundesregierung näher zu bringen?

Michael Leutert, MdB (Die Linke): Das kommt darauf an, wie stark die Lobby ist. Denn genügend Geld ist da. Es ist eher eine Frage der Prioritätensetzung. Wir brauchen die Regierungskoalitionspartner zu so einem Konsens. Oppositionspolitiker können da nichts erreichen. Im Kabinett muss es klar sein, dort muss jemand den Vorschlag einbringen. Sobald es im Plenum ist, ist es wieder zu spät. Was nötig und machbar ist: mehr Öffentlichkeit, mehr Politiker müssen auf das Thema aufmerksam gemacht werden.

Florian Toncar, MdB (FDP): In der Praxis bekommt jedes Ministerium seine Vorgabe, woran es sich halten soll. Jeder schaut auf seinen Haushalt. Minen sind ja nur ein Thema. Aber auch mit geringen Mitteln kann ein wesentlich größeres zivilgesellschaftliches Engagement gefördert werden. Zwei oder drei Millionen Euro retten den Haushalt nicht. Mit Kürzungen dieser Kleinbeträge wird ein relativ großes Umfeld kaputt gemacht. Das Rasenmäherprinzip ist hier völlig unsinnig. Daher kann man nur innerhalb eines Etats sparen, nicht anderen Etats sagen, dass sie sparen sollen.

Andreas Körner (MA von MDB Bonde, Bündnis 90/Die Grünen): Was die Änderungen im Haushalt 2007 angehen, bin ich eigentlich optimistisch. Die Mechanismen der Haushalt-Aufstellung wurden ja beschrieben. Was mich interessieren würde: warum ist es für dieses Jahr schief gegangen? Die Haushälter sind mal wieder dafür verantwortlich, Warum genau ist es schief gegangen? Ich weiß das nicht, ich war nicht dabei. Ich vermute, die Chancen für eine Mittelerrhöhung stehen relativ gut, weil es ein sensibles Thema für die Regierung ist. SPD gibt

sich ja als Abrüstungspartei. Es würde viel eher an der Union scheitern. Außerdem ist der Haushalt im Volumen gewachsen.

Volker Riehl (MISEREOR): Ich möchte hier gerne ein Beispiel nennen, das als Argumentationshilfe für eine Mittelerhöhung im Bereich der humanitären Minenräumung dienen kann. Mitte Mai hat MISEREOR für den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung einen Antrag über einen Waffenstillstand in Uganda erarbeitet. Dieser Antrag ist von allen Fraktionen im gebilligt worden. Diese Initiative hat dazu geführt, dass in Uganda nun ein Waffenstillstand ausgehandelt worden ist und jetzt die Menschen zurück in ihr Heimatland strömen. Das große Problem sind dort die Minen. Uganda könnte ein Schwerpunktland sein, welches dringend Soforthilfe braucht.

Anne Jung (medico international): Afghanistan ist ein gutes Beispiel wie eng die Minenräumung mit Befriedung einhergeht. Bei Verzögerungen und dem Ausbleiben der Unterstützung kommt es zwangsläufig zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung und zu einer Verschlechterung des politischen und gesellschaftlichen Klimas. Zum Beispiel hat das UN Mine Action Center in Afghanistan in der Vergangenheit von USAID viel Geld bekommen. Aber USAID hat jetzt Ausschreibungen eingeführt, von denen die ortansässigen Hilfsorganisationen komplett ausgeschlossen sind, da sie ja keinen Profit erwirtschaften können. Dadurch hat UNMACA über 3 Mio. weniger dieses Jahr zur Verfügung.

Michael Leutert; MdB (Die Linke): Ich stimme Herrn Körner zu, dass es eine Sensibilisierung für das Thema Minen im Bundestag gibt. Aber was mich ärgert, dass um einen kleinen Betrag von 500.000 € gestritten wird, wo der Verteidigungsetat ganz andere Größenordnungen hat. Dort werden bestimmte Rüstungsgüter gekauft, obwohl sie veraltet sind, nicht funktionieren, z. B. der EuroFighter. Die Entwicklung und die Forschung kommt noch dazu – so dass eine Art Geldkreislauf entsteht – eine Art Geldwäsche wird dort betrieben. Und bei DaimlerChrysler als größter Minenproduzent, da könnte man von Daimler auch eine Sonderabgabe zur Minenbeseitigung verlangen. Im Allgemeinen sollte man über eine Sonderabgabe solcher Unternehmen für die Beseitigung dieser ‚Geschichten‘ nachdenken. Raus aus der Debatte um den Haushalt. Man muss andere Eckpfeiler schaffen, wie zum Beispiel die Einführung des Verursacherprinzips.

Detlev Rüniger (Auswärtiges Amt): Die Bundesregierung hat sich für das 0,7%-ODA-Ziel eingesetzt. Es muss auch eine solche Perspektive für humanitäre Aktionen geben, die chronisch unterfinanziert sind. Hier sollte man den Etat verdoppeln, um sich dem internationalen Standard anzupassen. Die Idee der Flugticketsteuer kann hier hilfreich sein.

Markus Haake: Zur Einladungspolitik dieser Expertenrunde: Sie wissen besser als ich, wie schwierig es ist mehrere Abgeordnete auf einen Termin zu verpflichten. Zu dieser Expertenrunde eingeladen waren nicht nur die Abgeordneten aus dem Menschenrechtsausschuss, sondern auch die aus dem Entwicklungsausschuss und selbstverständlich auch die aus dem Haushaltsausschuss. Das einige von vorneherein nicht zu diesem Termin konnten, andere sehr kurzfristig absagen mussten, ist leider nicht zu ändern, wurde jedoch ins Kalkül gezogen. Deshalb haben wir auch vorgeschlagen, dieses Treffen zu dokumentieren, um die relevanten Abgeordneten darüber informieren zu können. Um so mehr möchte ich mich bei ihnen ganz herzlich für ihr Erscheinen bedanken.

TEILNEHMER

Aktionsbündnis Landmine.de

1. Markus Haake (Aktionsbündnis Landmine.de)
Email: haake@landmine.de
2. Dr. Volker Riehl, MISEREOR
Email: riehl.misereor.berlin@t-online.de
3. Anne Jung, medico international
Email: anne@medico.de
4. Barbara Dünnweller, Kindernothilfe
Email: barbara.duennweller@knh.de
5. Hans-Jürgen Ebert, Solidaritätsdienst-international e.V. (SODI)
Email: juergen.ebert@sodi.de
6. Ilona Schleicher, Solidaritätsdienst-international e.V. (SODI)
Email: ilona.schleicher@sodi.de
7. Claudia Bell, Handicap International Deutschland
Email: cbell@handicap-international.de
8. Sönke Bruch, Christoffel Blindenmission
Email: soenke.bruch@cbm-i.org

Auswärtiges Amt:

9. Detlev Rüniger, Auswärtigen Amt
Email: GF07-S1@auswaertiges-amt.de
10. Johannes Dirscherl, Auswärtigen Amt
Email: gf07-1@auswaertiges-amt.de

Bundestagsabgeordnete:

11. Lothar Mark (SPD) (bis 21.10h)
Email: lothar.mark@bundestag.de
12. Volker Beck (Bündnis 90/Die Grünen) (bis 20:40h)
Email: volker.beck@bundestag.de
13. Florian Toncar (FDP)
Email: Florian.Toncar@bundestag.de
14. Michael Leutert (Die Linke)
Email: michael.leutert@bundestag.de

Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten:

15. Andreas Körner (MA MdB Alexander Bonde, Bündnis 90/Die Grünen)
Email: alexander.bonde@bundestag.de

INTERNETLINK

„Minenaktionsprogramme aus entwicklungspolitischer Sicht – Das Bad Honnefer Konzept“

http://www.landmine.de/fix/BH_Deutsch.pdf